

Antrag

der Fraktion der AfD

Bundesweiter Bahnausfall am 23. Juli 2026 – Ursachen vollständig offenlegen und kritische Infrastruktur widerstandsfähig machen

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

- I. zu berichten,
 1. welche Erkenntnisse der Landesregierung über die genauen Ursachen des Ausfalls mittlerweile vorliegen;
 2. welche Auswirkungen der Ausfall des Bahnfunks auf den Bahnverkehr (aufgeschlüsselt nach Schienenpersonen- und Schienengüterverkehr) in Baden-Württemberg hatte;
 3. welche Notfall- und Krisenpläne bei den Eisenbahnverkehrsunternehmen und Infrastrukturbetreibern zur Anwendung kamen;
 4. welche Konsequenzen sich aus dem Vorfall für den Katastrophenschutz, die Versorgungssicherheit sowie die Resilienz kritischer Infrastruktur in Baden-Württemberg ergeben;
 5. wie viele Bahnkunden im Nah- und Regionalverkehr des Landes von den einzelnen Eisenbahnverkehrsunternehmen für den Bahnausfall bislang entschädigt wurden und in welcher Höhe;
 6. ob die einzelnen Eisenbahnverkehrsunternehmen dafür beim Verursacher des Ausfalls Regress nehmen können bzw. konnten;
- II. sich gegenüber der Bundesregierung und der Deutschen Bahn AG dafür einzusetzen,
 1. dass sämtliche technischen und organisatorischen Ursachen des Vorfalls vollständig aufgeklärt und offengelegt werden;
 2. dass sicherheitskritische Systeme künftig so ausgelegt werden, dass der Ausfall einzelner Komponenten nicht zum bundesweiten Stillstand des Bahnverkehrs führen kann;
 3. dass die Redundanz sicherheitsrelevanter Kommunikationssysteme unabhängig überprüft und verbessert wird.

17.7.2026

Rothweiler, Klauf und Fraktion

Begründung

Der bundesweite Ausfall des digitalen Bahnfunks (GSM-R) führte am späten Abend des 23. Juni 2026 dazu, dass der gesamte Zugverkehr in Deutschland zeitweise eingestellt werden musste. Da ohne sichere Kommunikation zwischen Fahrdienstleitern und Lok-/Triebfahrzeugführern kein sicherer Eisenbahnbetrieb möglich ist, mussten sämtliche Züge anhalten oder den nächsten Bahnhof anfahren.

Nach Angaben der Deutschen Bahn AG wurde der Vorfall anscheinend durch einen Softwarefehler ausgelöst, der im Zusammenhang mit dem planmäßigen Austausch einer Netzwerkkomponente (Switch) auftrat.

Der Vorfall offenbart jedoch erhebliche strukturelle Schwächen einer sicherheitskritischen Infrastruktur. Dass eine einzelne technische Störung bundesweit zu einem vollständigen Stillstand des Eisenbahnverkehrs führen kann, wirft Fragen hinsichtlich der Ausfallsicherheit, Systemredundanz und Krisenvorsorge auf. Gerade für Baden-Württemberg als bedeutenden Industrie- und Logistikstandort ist ein leistungsfähiger und robuster Schienenverkehr von herausragender Bedeutung. Ausfälle dieser Größenordnung und Tragweite beeinträchtigen Pendler, Unternehmen, Lieferketten und den Wirtschaftsstandort gleichermaßen.

Der Landtag hat daher ein virales Interesse daran, die Auswirkungen auf Baden-Württemberg sowie die daraus zu ziehenden Konsequenzen umfassend zu bewerten. Ziel muss sein, die Widerstandsfähigkeit kritischer Infrastruktur nachhaltig zu stärken und vergleichbare Ereignisse künftig zu verhindern. Der zeitweise Stillstand des Bahnverkehrs hat gezeigt, dass sicherheitskritische Kommunikationssysteme der Deutschen Bahn offenbar nicht hinreichend ausfallsicher ausgestaltet sind. Da vergleichbare Störungen jederzeit erneut eintreten und erhebliche Folgen für Pendler, Wirtschaft, Güterverkehr sowie die öffentliche Sicherheit haben können, ist eine parlamentarische Befassung geboten.